

**Vor Dezember-Landtag**

**LGU ist gegen eine UVP-Aufweichung**

**VADUZ** Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (kurz: LGU) kritisiert die geplanten Änderungen am Umweltschutzgesetz. Sie wirft der Regierung in einer Stellungnahme von dieser Woche vor, die sogenannten Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) aufweichen zu wollen. Das Amt für Umwelt soll demnach nachträglich Abweichungen einfach genehmigen dürfen. LGU-Geschäftsführerin Andrea Matt erklärte laut Radio L, dass die UVP damit zu einer «Alibi-Übung» verkomme. In der Dezember-Sitzung des Landtags wird die Neufassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Abänderung des Umweltschutzgesetzes in zweiter und dritter Lesung abschliessend beraten. (red/pd)

Die komplette Stellungnahme der LGU ist im Media Center auf [www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li) zu finden.

**Zwei Auffahrunfälle**

**Verletzte in Vaduz, Sachschaden in Schaan**

**SCHAAN** In Schaan ist es am Dienstag auf der Landstrasse zu einem Auffahrunfall gekommen. Wie die Landespolizei bekannt gab, kamen keine Personen zu Schaden, die beteiligten Fahrzeuge jedoch nicht ohne Dellen davon. Bei einem weiteren Auffahrunfall am Mittwochnachmittag in Vaduz verletzte sich hingegen eine Frau. Bei dieser Kollision waren drei Fahrzeuge involviert. (red/lpfl)

**Einbruch in Kiosk**

**Lose, Alkohol und Zigaretten geklaut**

**SCHAAN/NENDELN** Eine unbekannte Täterschaft versuchte zwischen Montag- und Dienstagabend in ein Mehrfamilienhaus in Schaan einzubrechen. Ihr misslang es jedoch, die Tür aufzuhebeln, wie die Landespolizei am Mittwoch mitteilte. Zu einem weiteren Einbruchversuch kam es in der Nacht auf Sonntag in Nendeln: Wiederum versuchte eine unbekannte Täterschaft bei einem Kiosk erfolglos eine Schiebetür aufzuzwischen und schliesslich eine Glastür aufzubrechen. Einen Tag später gelang es einer Täterschaft jedoch, in eben die Räumlichkeiten einzusteigen, indem sie eine Tür zertrümmerte. Entwendet wurden Lotterielose, Zigaretten sowie Alkohol im Wert von mehreren Tausend Franken. (red/lpfl)

# Adrian Hasler: «Wir werden den Weg konsequent weitergehen»

**Konstruktiv** Regierungschef Adrian Hasler zieht im Interview Bilanz über die November-Sitzung des Landtags.

VON MICHAEL BENVENUTI

«Volksblatt»: Herr Regierungschef, der November-Landtag hat sich mit zahlreichen Gesetzgebungsprojekten aus Ihrem Zuständigkeitsbereich beschäftigt. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit dem Landtag nach dieser anstrengenden Sitzung? **Regierungschef Adrian Hasler:** Eines der zentralen Themen war die Totalrevision des Treuhändergesetzes. Der Landtag hat die Vorlage mit grosser Mehrheit verabschiedet, was mich freut und in meinem Tun bestärkt. Ein Diskussionspunkt ergab sich beim Thema «Vertrauenswürdigkeit». Hier geht es um eine der Voraussetzungen, die ein Treuhänder benötigt, um die Treuhänderbewilligung zu erhalten. Der Landtag ist auch in dieser Frage der Regierung gefolgt, was insbesondere für den Finanzplatz und dessen Ansehen von zentraler Bedeutung ist.

**Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den Verbänden im Vorfeld des Landtages?**

Wir haben im engen Austausch mit der Treuhändervereinigung das Gesetz erarbeitet. Dies gewährleistet, dass wir Lösungen auf gesetzgeberischer Seite ausarbeiten, die auch in der täglichen Realität Bestand haben. Der Einbezug von Betroffenen ist mir ein besonderes Anliegen und zeigt auch in diesem Fall, dass beide Seiten vom Resultat profitieren.

**Wie beurteilen Sie die Diskussion zum Finanzmarktaufsichtsgesetz und dem FMA-Budget?**

Hier ging es im Wesentlichen um das neue Finanzierungsmodell der FMA und somit um den Staatsbeitrag und dessen Ausgestaltung. Ich bin überzeugt, dass wir hier eine sehr gute Lösung gefunden haben. Der Staatsbeitrag wurde von 8 Millionen Franken auf neu 5 Millionen Franken pro Jahr reduziert. Zudem wurde der Beitrag für drei Jahre befristet. Dies lässt eine Neubewertung im Jahr 2016 zu.



«Landtag und Regierung arbeiten eng zusammen und das Klima in den Debatten ist durchwegs konstruktiv. Dies ist gerade in Zeiten des Umbruchs wichtig und notwendig»: Regierungschef Adrian Hasler. (Foto: Brigitt Risch)

**Der Landtag hat auch das Umsetzungsgesetz betreffend das Abkommen mit Österreich beschlossen.**

Der Landtag hat dem Abkommenspaket mit Österreich in seiner September-Sitzung mit einer soliden Mehrheit die Zustimmung erteilt. Im Oktober und November hat sich der Landtag mit dem Umsetzungsgesetz zu diesem Abkommen befasst. Wir konnten die noch offenen Fragen klären und der Landtag ist der Regierungsvorlage gefolgt. Auch hier darf ich festhalten, dass die betroffenen Verbände bei der Erarbeitung des Umsetzungsgesetzes sehr eng eingebunden waren.

**Ein wichtiges Thema der letzten Landtagssitzung war die Frage der Verfassungsmässigkeit der Initiative «Win-Win». Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?**

Die Regierung ist sich der Sensibilität einer Nichtigerklärung der Initiative «Win-Win» im Hinblick auf die grosse Bedeutung der Volksrechte sehr bewusst. Deshalb wurde die Vorprüfung dieser Initiative nicht verwaltungsintern von unmittelbar Betroffenen, sondern von zwei neu-

tralen und weisungsunabhängigen Experten vorgenommen. Die Regierung kommt dabei klar zum Schluss, dass die Initiative «Win-Win» mit der Verfassung nicht vereinbar ist, und hat dem Landtag den Antrag gestellt, diese für nichtig zu erklären. Die Qualität des Gutachtens und die Argumentation der Regierung haben offenbar auch die Mehrheit der Landtagsabgeordneten überzeugt.

**Auch der November-Landtag hat sich wieder mit der schwierigen Lage des Staatshaushaltes befasst. Wo stehen wir derzeit?**

Wir haben uns mit dem Vorschlag 2014 und der Finanzplanung 2014 bis 2017 befasst. Der Landtag hat sich positiv geäussert und die Anstrengungen der Regierung gewürdigt. Es ist allen klar, dass wir den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen werden. Hier sind sich Regierung und Landtag einig. Gleichzeitig ist der Landtag dem Antrag der Regierung gefolgt und verzichtet vorerst auf ein viertes Massnahmenpaket. Jetzt gilt es, die bereits vorgelegten Massnahmen um-

zusetzen und weitere Potenziale konsequent zu nutzen.

**Die Anfrage eines Abgeordneten zur Einbürgerung des Whistleblowers Snowden führte zu einiger medialer Aufmerksamkeit. War dies ein unrühmlicher Moment des Landtages?**

Hier geht es um zwei Bereiche. Einerseits unterstütze ich die Antwort des Regierungschef-Stellvertreters, der bei der Einbürgerungsfrage die Haltung der Regierung klar dargelegt hat. Andererseits verwehre ich mich gegen Pauschalverdächtigungen gegenüber ausländischen Landesangestellten, wie sie von einem Abgeordneten in einer weiteren kleinen Anfrage aufgeworfen wurden. Diese Aussagen sind aus meiner Sicht falsch und diffamierend.

**Wie beurteilen Sie den November-Landtag als Ganzes?**

Ich empfand die Landtagssitzung einmal mehr als sehr konstruktiv. Landtag und Regierung arbeiten eng zusammen und das Klima in den Debatten ist durchwegs konstruktiv. Dies ist gerade in Zeiten des Umbruchs wichtig und notwendig.

## Vorarlberger Augenpatienten zieht es nach Bendern

**Grauer Star** Die Kooperation zur Behandlung des grauen Stars zwischen der Augenabteilung des LKH Feldkirch und der Augenklinik von Alexander Reis in Bendern scheint zu funktionieren.

Bislang wurden 150 auf der Warteliste stehende Patienten vom Krankenhaus Feldkirch angeschrieben, die ersten 40 sind bereits operiert. «Wei-

tere 40 Personen haben schon einen Operationstermin bei Prof. Reis reserviert», hiess es auf Nachfrage aus dem Büro von Vorarlbergs Gesundheitslandesrat Christian Bernhard.

**Zukunft noch offen**

Das Krankenhaus Feldkirch werde aktuell weitere Patienten über die Operationsmöglichkeit in Liechtenstein informieren, liess die Krankenhausbetriebsgesellschaft (KHBG) wissen. Insgesamt sollen 500 Eingriffe an die liechtensteinische Au-

genklinik abgegeben werden, berichteten die «Vorarlberger Nachrichten». Ob es darüber hinaus weitergeht, hängt von der Umsetzung des kürzlich präsentierten Massnahmenkatalogs ab. Das Land Vorarlberg stellt dem LKH Feldkirch im kommenden Jahr 2,4 Millionen Euro (rund 3 Millionen Franken) für bauliche und personelle Aufstockungen zur Verfügung. Damit werden unter anderem ein dritter OP-Saal und ein Eingriffsraum für Injektionsbehandlungen sowie zusätzliche acht

Dienstposten finanziert. Ausserdem helfen bei der Entlastung der Augenabteilung auch die niedergelassenen Augenfachärzte mit. Derzeit betragen in Vorarlberg die Wartezeiten

für eine Graue-Star-Operation teilweise mehr als ein Jahr. (red/«VN»)

[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)



In der Augenklinik Reis sollen 500 Vorarlberger operiert werden, weil die Wartezeiten für eine Graue-Star-Operation bei unseren Nachbarn derzeit teilweise mehr als ein Jahr betragen. (Foto: Michael Zanghellini)

ANZEIGE

LIBRACELET



HUBER  
WATCHES JEWELLERY

CREATED IN LIECHTENSTEIN | FROM CHF 490.-